

06. Februar 1919 - vor 95 Jahren wurde die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung in Weimar eröffnet

12. Februar 1814 - Geburtstag von Jenny Marx (gest. 02. Dezember 1881), deutsche Sozialistin und Ehefrau von Karl Marx

18. Februar 1546 - Todestag Martin Luther, geb. 10. November 1483

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

03. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

18. Februar 2014

Gesamtmitgliederversammlung am 1. März 2014

Die Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl wurde vom Stadtvorstand für

Samstag, den 01. März 2014, ab 9:30 Uhr

in das Steintor-Varieté (Am Steintor 10, 06112 Halle)

einberufen. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder des Stadtverbandes Halle, die zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 in Halle (Saale) wahlberechtigt sind.

Der Stadtvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung der Mitgliederversammlung
2. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl
3. Beschluss über das Kommunalwahlprogramm

Die Einladungen werden fristgerecht am 14. Februar 2014 versendet, die Sitzungsunterlagen sowie die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden schriftlichen Bewerbungen und das gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung überarbeitete Kommunalwahlprogramm wird nach der Sitzung des Stadtvorstandes am 19. Februar 2014 versendet.

Um einen ordnungsgemäßen und zügigen Sitzungsverlauf zu gewährleisten, werden noch Genossinnen und Genossen gesucht, die bereit sind, in der Wahlkommission mitzuarbeiten.

Guido Henke ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer



Nach zehnjähriger Amtszeit übergibt Frank Thiel an seinen Nachfolger Guido Henke (re.) ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. Mehrheitlich wurde der 49-jährige Haldensleber zum Nachfolger von Frank Thiel gewählt, der das Amt zehn Jahre lang begleitete. Nach der Wahl erfolgt dieser Tage die Übergabe der Geschäfte. Aktenberge und den ein oder anderen Tipp gibts von Frank Thiel natürlich inklusive. Wir wünschen Guido Henke, der seine Sprecherfunktion für Bau- und Wohnungspolitik auch weiterhin ausüben wird, gutes Gelingen und einen guten Start im neuen Amt. Wir danken Frank Thiel für seine Verdienste um die Fraktion aufs Herzlichste und wünschen weiterhin viel Erfolg als unser wirtschaftspolitischer Sprecher.



Einladung zum EU-Bürgerdialog

„Europa im Netz – wie sichern wir den Datenschutz in der EU?“

**Donnerstag, 20.2.2014, 19.00 – 20.30 Uhr
in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle**

Was erwarten die Menschen in Deutschland von der Europäischen Union? Wie sieht die Zukunft Europas aus? Bundesregierung, Europäisches Parlament und Europäische Kommission suchen am Donnerstag, 20.2.2014 in Halle das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. In Halle, Hamburg, Bonn, Chemnitz, Oldenburg, Wiesbaden und Potsdam sollen die Menschen im Vorfeld der Europawahl am 25. Mai 2014 in Deutschland die Möglichkeit haben, ihre Fragen zur aktuellen europäischen Politik direkt an EU-Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu richten. In Halle stehen Fragen rund um das Thema „Europa im Netz – wie sichern wir den Datenschutz in der EU?“ im Mittelpunkt der Diskussion.

Nicht zuletzt die NSA-Affäre hat gezeigt: Die Europäische Union braucht beim Datenschutz eine große gemeinsame Anstrengung. Nur gemeinsam bringen die Mitgliedstaaten das nötige politische Gewicht auf, um ihre Interessen gegenüber ihren Partnern durchzusetzen.

Was kann die Europäische Union tun, um das in der EU-Grundrechtecharta verbrieftete Recht auf Datenschutz durchzusetzen? Wo liegen die Schwerpunkte der Datenschutzreform, die zur Zeit von den EU-Institutionen diskutiert wird?

Es begrüßt Sie:

- **Egbert Geier, Bürgermeister der Stadt Halle (Saale)**

Für Ihre Fragen und Meinungen interessieren sich:

- **Nadja Hirsch, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP)**
- **Petra Kammerevert, Mitglied des Europäischen Parlaments (SPD)**
- **Elisabeth Kotthaus, Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland**
- **Hans-Heinrich von Knobloch, Leiter der Abteilung für Verfassungs- und Verwaltungsrecht im Bundesministerium des Innern**

Es moderiert:

- **Ralf Geißler, Wirtschaftsredakteur MDR**

Im Rahmen der Veranstaltung präsentieren sich EU-Projektträger mit ihren Angeboten:

- **Europa-Haus Leipzig**
- **Europa-Union Deutschland e.V.: Einstieg in die Europawahlkampagne 2014 mit dem interaktiven Straßenforum „Europa mitbeSTIMMEN“.**

Weitere Informationen finden Sie unter: www.eu-bürgerdialog.de.
Anmeldung erbeten: Tel.: 030-443244-40, anmeldung@eu-info.de

Jenny Marx, geborene von Westphalen – zum 200. Geburtstag

„Salut et fraternité Ihre citoyenne und Vagabonde Jenny Marx“ – Auf Wiedersehen in Verbundenheit, ihre Staatsbürgerin und (Umherziehende) Landstreicherin Jenny Marx ... beendete Mitte März 1848 die inzwischen Vierunddreißigjährige ihre wenigen Zeilen an den Freund und Kampfgefährten Joseph Weydemeyer.

Nur wenige Tage zuvor waren die Eheleute Jenny und Karl Marx mit ihren drei Kindern – den Töchtern Jenny und Laura, 4 und 3 Jahre alt, und dem 14 Monate alten Sohn Edgar - in Begleitung ihrer Haushälterin Helene Demut in die französische Hauptstadt gekommen. Vorher lebte die Familie ab Februar 1845 für drei Jahre in Brüssel, nachdem sie aus Paris ausgewiesen worden war.

Umherziehen wie eine Landstreicherin – ein treffendes Bild zur Beschreibung des Lebens, der am 12. Februar 1814 in Salzwedel geborenen Jenny von Westphalen. Sie war etwa zwei Jahre alt als ihre Eltern wegen der Versetzung des Vaters den familiären Lebensmittelpunkt nach Trier verlegten. Der adeligen Tochter aus zweiter Ehe des preußischen Landrates Johann Ludwig von Westphalen mit Caroline Heubel war das entbehrungsreiche Leben in jahrzehntelangem Exil nicht in die Wiege gelegt. Entgegen der gesellschaftlichen Konvention entschied sie sich später für ein Leben mit dem vier Jahre jüngeren Karl, dem Sohn des konvertierten Rechtsanwaltes Dr. Heinrich Marx. Beider Elternhäuser pflegten einen freundschaftlichen Umgang und waren den Idealen der Aufklärung wie auch den Freiheits- und Gleichheitsversprechen der französischen Revolution verbunden. Ein Ideal, das realitätsfremd anmuten mag - erst recht, wenn man bedenkt, dass mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 eine Handhabe zur Verfolgung freiheitlicher Gesinnung existierte und Anwendung fand.

Aufgewachsen in einem gebildeten, geistig anregenden, liberalen Elternhaus mit viel Freiheit, Verständnis, Wärme und Anerkennung, sorgt die charmante, lebhaft und wissbegierige Jenny für Aufmerksamkeit in ihrer Umgebung. Dank väterlicher Förderung war Jenny von Westphalen außergewöhnlich gebildet, sprach Englisch und Französisch, war auch für soziale Probleme sensibilisiert und hatte ein umfassendes politisches Interesse. Neben ihrer Schönheit und Klugheit lobten Zeitgenossen ihre Willensstärke, Zielstrebigkeit ebenso wie ihre eigenwillige und unangepasste, kritische Art. Eigenschaften, die es ihr während der Jahre der heimlichen Verlobung erleichterten sich weiterzubilden

und ohne jegliche universitäre Bildung zu einer wichtigen Gesprächspartnerin, ja intellektuellen Vertrauten für Karl Marx und seine Freunde zu werden. Was Marx und seinen Freunden



selbstverständlich erschien, war eher ungewöhnlich – ja besonders. So verwundert auch nicht, dass Jenny dies in einem ihrer Briefe an Karl im Sommer 1841 beklagte: „Du hättest mich wohl ein bisschen loben können wegen meines Griechischen und meiner Gelehrsamkeit einen kleinen belobenden Artikel widmen können; so seid ihr aber mal Ihr Herrn Hegelinge – nichts erkennt ihr an, und wenn es das Allervortrefflichste wäre ... so muss ich mich denn auch bescheiden und auf meinen eignen Lorbeeren ruhen.“

Jenny Marx war mehr als die Frau an seiner Seite. Mit ihm auf Augenhöhe stehend, war sie Vertraute und Mitarbeiterin – sie übertrug seine kaum lesbaren Texte, lektorierte und korrigierte sie, übersetzte ins Französische und Englische, führte seine Korrespondenz und wurde zur ersten Leserin und Kritikerin. Möglichkeiten und Wege sich in die geistige Auseinandersetzung ihrer Zeit verantwortungsvoll und selbstbewusst einzubringen – im Selbstverständnis einer Staatsbürgerin. Ein Menschenrecht, das Frauen bis ins 20. Jahrhundert vorenthalten wurde und wofür sie sich engagiert einsetzten.

Elke Stolze

Hinweise:

Mit der Ausstellung „Jenny Marx 1814-1881 – Eine couragierte Frau zwischen Salzwedel und London“ wird in ihrer Geburtsstadt noch bis zum 26.10.2014 an dieses bemerkenswerte Frauenleben erinnert.

Neuerscheinungen: Angelika Limmroth: Jenny Marx. Die Biographie. Karl Dietz Verlag Berlin 2014; Rolf Hecker, Angelika Limmroth (Hg.): Jenny Marx. Die Briefe. Karl Dietz Verlag Berlin 2014

Vorbereitung der Kommunalwahl in Halle

Um die Arbeit im halleschen Stadtrat erfolgreich fortsetzen zu können, gilt es für unseren Stadtverband, bis zum 25. Mai 2014, dem Tag der Kommunalwahl, zahlreiche Aufgaben zu bewältigen.

Die erste, das Kommunalwahlprogramm, haben wir am 01. Februar auf der Gesamtmitgliederversammlung vorbereitet und die darin enthaltenen Forderungen beschlossen. Auf dem Stadtparteitag kann damit die redaktionell überarbeitete Fassung, mit der wir uns an die Hallenserinnen und Hallenser wenden wollen, beschlossen werden.

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl wollen wir auf unserer Mitgliederversammlung am 01. März 2014 aufstellen. Die Vorbereitungen hierzu haben bereits 2012 begonnen, zahlreiche Gespräche wurden von Vorstandsmitgliedern und Mitgliedern der Stadtratsfraktion geführt, um Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen, die bereit sind, für uns einen Wahlkampf zu bestreiten und in den kommenden 5 Jahren im Stadtrat linker Politik eine Stimme zu verleihen. Mit über 70 Genossinnen und Genossen sowie parteilosen Hallenserinnen und Hallensern wurden Gespräche geführt. Bis jetzt haben sich 20 davon entschieden zu kandidieren, einige überlegen noch. Von den 14 Stadträtinnen und Stadträten werden 8 erneut kandidieren. Die, die Ausscheiden, tun das nach oft langjähriger Arbeit im Rat aus Alters-, Gesundheits- oder beruflichen Gründen, ihnen danken wir dafür, dass sie Gesicht und Stimme unserer Partei im Stadtrat waren.

Die Wahl auf der Mitgliederversammlung erfolgt als Einzelwahl für jeden Wahlbereich und jeden Listenplatz. Das heißt in jedem Wahlgang werden 5 Stimmzettel ausgegeben. Befindet sich auf dem Stimmzettel nur eine Bewerberin oder ein Bewerber, dann ist nach unserer Wahlordnung mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen. Bei mehr als einer Bewerbung entfällt die Nein-Stimme und das Kreuz muss bei einem Bewerber erfolgen. Wird der Stimmzettel leer abgegeben, handelt es sich um eine Enthaltung. Gewählt ist derjenige oder diejenige, der bzw. die die meisten Ja-

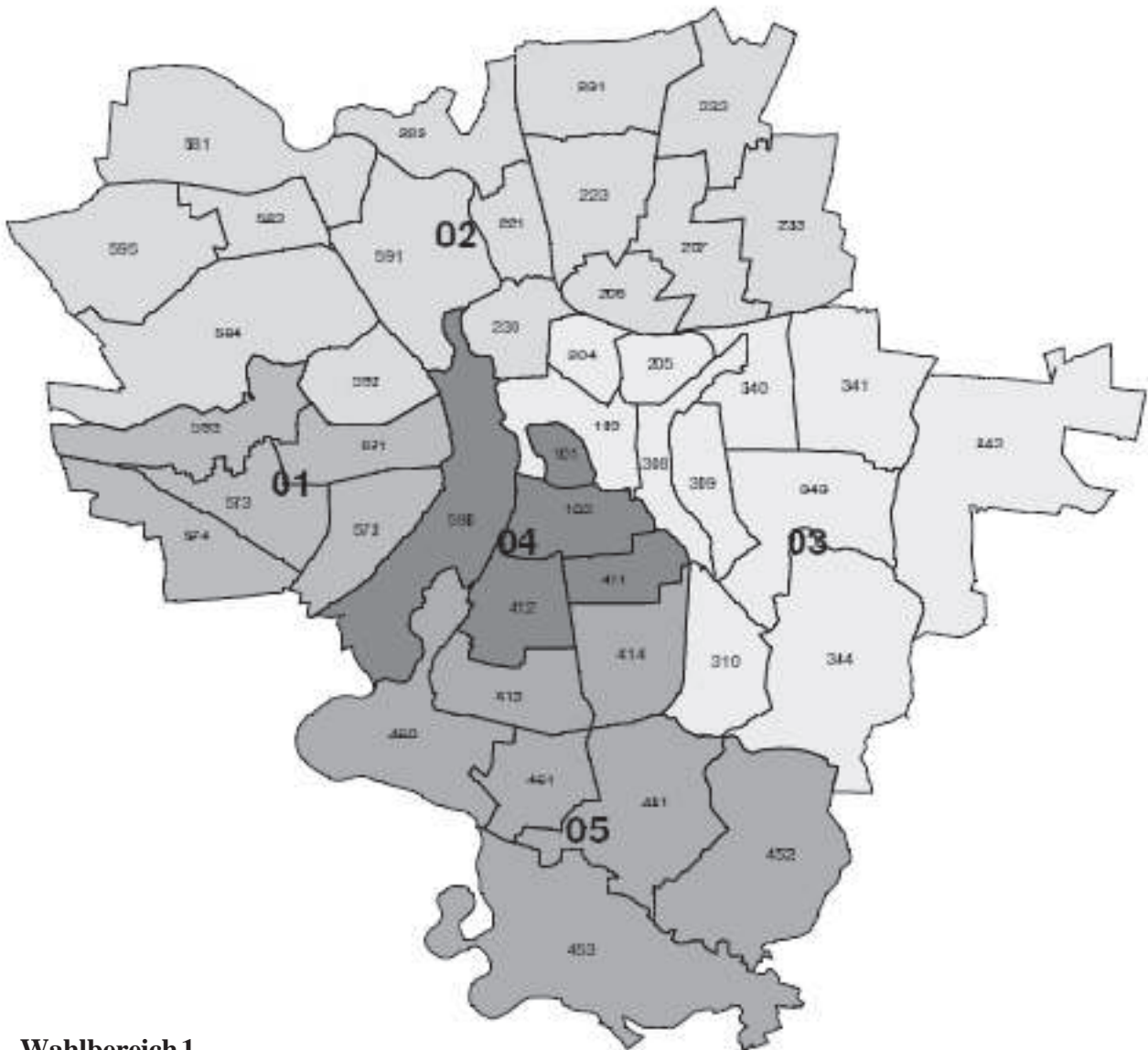
Stimmen auf sich vereint, wenn die Ja-Stimmen im ersten Wahlgang mindestens 50% der abgegebenen Stimmen erreichen. Anderenfalls ist eine Stichwahl erforderlich. Nach der Satzung ist die Liste zu quotieren, soweit Bewerberinnen vorhanden sind. Von den ersten 3 Listenplätzen sind 2 Frauen vorbehalten. Zum Abschluss findet dann noch eine geheime Abstimmung über die gewählten Gesamtlisten statt. Zuvor hat jede Bewerberin und jeder Bewerber 7 Minuten Zeit, sich und seine Ziele vorzustellen. Der Stadtvorstand hat beschlossen, für jeden Wahlbereich eine bzw. einen Spitzenkandidaten vorzuschlagen, die Entscheidung über diesen Personalvorschlag trifft der Vorstand in der Sitzung am 19. Februar. Die 5 Wahlbereiche sind auf der Karte auf Seite 5 abgebildet.

Bei der Kommunalwahl selbst können die Wählerinnen und Wähler dann entscheiden, welchen Bewerbern sie ihrer Stimme geben. Die Listenreihenfolge kann sich dadurch verändern, wie wir es bei vergangenen Wahlen regelmäßig auch erlebten. Insoweit ist die Listenreihenfolge nicht das für die Wahl entscheidende Kriterium, sondern dass viele bekannte Kandidaten auf unseren Listen stehen.

Der Wahlkampf um Europaparlament und Stadtrat beginnt nach unserer Mitgliederversammlung, er ist die Aufgabe aller Mitglieder des Stadtverbandes. Der Stadtvorstand hat hierzu ein Wahlbüro gebildet, das den Wahlkampf koordiniert. In der Basisberatung am 05. März wollen wir über die Wahlstrategie und den Ablauf der Wahlen in Halle informieren. Die Basisberatung beginnt wie immer 18:00 Uhr in der Geschäftsstelle. Ein Höhepunkt und zugleich Auftakt des Straßenwahlkampfes wird der 01. Mai sein, danach wollen wir mit unserem Wahlprogramm und unseren Kandidatinnen und Kandidaten für DIE LINKE in Halle werben.

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Wahlbereiche zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014



Wahlbereich 1

5 71 Nördliche Neustadt, 5 72 Südliche Neustadt, 5 73 Westliche Neustadt,
5 74 Gewerbegebiet Neustadt und 5 93 Nietleben

Wahlbereich 2

2 06 Landrain, 2 07 Frohe Zukunft, 2 21 Ortslage Trotha, 2 22 Industriegebiet Nord,
2 23 Gottfried-Keller-Siedlung, 2 30 Giebichenstein, 2 31 Seeben, 2 32 Tornau, 2 33 Mötzlich,
5 81 Ortslage Lettin, 5 82 Heide-Nord/Blumenau, 5 91 Kröllwitz, 5 92 Heide-Süd,
5 94 Dölauer Heide, 5 95 Dölaue,

Wahlbereich 3

1 03 Nördliche Innenstadt, 2 04 Paulusviertel, 2 05 Am Wasserturm/ Thaerviortel, 3 08 Gebiet der DR,
3 09 Freimfelde/Kanenaer Weg, 3 10 Dieselstraße, 3 40 Diemitz, 3 41 Dautzsch, 3 42 Reideburg,
3 43 Büschdorf, 3 44 Kanena/Bruckdorf,

Wahlbereich 4

1 01 Altstadt, 1 02 Südliche Innenstadt, 4 11 Lutherplatz/Thüringer Bahnhof, 4 12 Gesundbrunnen,
5 90 Saaleaue

Wahlbereich 5

4 13 Südstadt, 4 14 Damaschkestraße, 4 51 Ortslage Ammendorf/Beesen, 4 52 Radewell/Osendorf,
4 53 Planena, 4 60 Böllberg/Wörmlitz, 4 61 Silberhöhe

Jahreswirtschaftsbericht ist Dokument einer peinlichen Doppelmoral

Der Vorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, wirft Bundeswirtschaftsminister Gabriel nach Bekanntwerden erster Details aus dem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht eine „peinliche Doppelmoral“ vor und fordert eine Zurückziehung des Berichts.

Er erklärt:

Zehn Prozent mehr Geld für Abgeordnete, aber Maßhalteappelle für Arbeitnehmer, das geht nicht, das ist peinliche Doppelmoral.

Dieser Jahreswirtschaftsbericht ist ein Dokument des Wählerbetrugs. Im 100-Tage-Programm der SPD standen nicht höhere Diäten, sondern höhere Löhne. Sigmar Gabriel kann es bisher nicht besser als sein

Vorgänger. Die Enttäuschung bei den Gewerkschaften wird maßlos sein. Mit solchen Frechheiten heizt man Tarifkämpfe an. Das wird ein heißes Tarifjahr, nicht zuletzt für den Bund. Sigmar Gabriel wäre gut beraten, den Jahreswirtschaftsbericht zurückzuziehen und ein zweites Mal zu überarbeiten. Die Bundesregierung sollte eine Agenda für höhere Löhne vorlegen, die klare Zielvorgaben für eine flächendeckende Erhöhung der Reallöhne enthält.

Die Lohnbremsen im Arbeitsrecht sind Wachstumsbremsen für die deutsche Wirtschaft. Wir brauchen keine Maßhalteappelle, sondern einen echten Mindestlohn, mehr Kündigungsschutz und ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen.

Drohnenabsturz - militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide birgt großes Gefahrenpotential in sich

Zum so genannten „gesteuerten Abstieg“ einer Bundeswehr-Drohne bei Colbitz erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Zunächst die Fakten: Bei dem abgestürzten Gerät handelte es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um eine Luna-Aufklärungs-Drohne mit der Zulassungskategorie II, die für flugbeschränkte Gebiete Geltung hat. In diesem Zusammenhang wird die Bundestagsfraktion der LINKEN von der Bundesregierung Aufklärung darüber verlangen, ob der Flug der Drohne im genannten Gebiet überhaupt zulässig war. Dafür nämlich wäre eigentlich die Zulassungskategorie III erforderlich. Diese will im Übrigen der aus Bayern stammende Hersteller des Gerätes erlangen.

Wie weiterhin bekannt ist, endeten Ereignisse wie das hier beschriebene stets mit einem Totalschaden der Drohne – „gesteuerter Abstieg“, wie das beschönigend genannt wird, bedeutet nichts anderes, als eine Landung am Fallschirm, eine gezielte Steuerung ist nicht möglich, die Drohne hätte mithin auch mitten in

bewohntem Gebiet abstürzen können.

Die Landtagsfraktion DIE LINKE sieht sich auch angesichts dieses jüngsten Vorfalls in ihrer Forderung nach Beendigung der militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ausdrücklich bestätigt und bekräftigt ihre dahingehende Position. Der Vorfall zeigt, welches erhebliches Gefahrenpotential von dieser Nutzung für Menschen und Natur ausgeht.

Da die Bundeswehr Aufklärungsdrohnen auch in Afghanistan einsetzt, offenbart sich ein weiteres Mal, dass in der Colbitz-Letzlinger Heide kriegsvorbereitende Einsätze stattfinden, die von der LINKEN kategorisch abgelehnt werden.

Von der Landesregierung erwartet DIE LINKE eine umfassende öffentliche Aufklärung des Vorfalls, vor allem aber Maßnahmen, die den Schutz von Mensch und Natur auch in der Colbitz-Letzlinger Heide und ihrem Umfeld gewährleisten. Das allerdings wird ohne den Stopp von Schnöggersburg kaum zu erreichen sein.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.02.2014
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 27.02.2014

Vorträge mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

Mittwoch, 26.02.2014 Beginn 18:00 Uhr

1. Weltkrieg und die Linke

Die Erinnerungsindustrie läuft bereits auf Hochtouren: Der 1. Weltkrieg begann vor 100 Jahren. Die „Urkatastrophe“ soll die Zeit geteilt haben, eine goldene vor Sarajewo, eine der totalitären Diktaturen danach. Die Politiker seien in diesen Krieg geschlittert, nichts kam so, wie es gewollt war. Eine kritische Betrachtung wird mehr entdecken. Sie wird auf die imperialistische Konkurrenz verweisen, die zur Neuaufteilung von Märkten und Staaten drängte. Sie wird sich fragen, wo die internationale Sozialdemokratie blieb, die 1907 in Stuttgart versprach, alles gegen den Krieg zu unternehmen. Mit Kriegsbeginn trennten sich die Wege von Linken. Vaterlandsverteidiger standen jenen gegenüber, die die Gewehre umdrehen wollten. Manche Fragen bleiben offenbar immer aktuell: Wie staatstragend dürfen Linke sein? Gibt es Kriege, die Linke mittragen dürfen? Kann eine europäische Ordnung unter gegebenem Kräfteverhältnis eine linke Option sein? Dürfen Linke die kapitalistischen, imperialistischen Züge ihrer Gesellschaft und deren internationales, auch gewaltsames Engagement beim Namen nennen? Und wie weit dürfen sie im Widerstand gegen eine solche Politik gehen?

Mit Dr. Stefan Bollinger

(Politikwissenschaftler, Mitglied der Historischen Kommission der LINKEN,
Stellv. Vorsitzender Helle Panke Berlin)

im Kulturtreff Halle-Neustadt, 06122 Halle,
Am Stadion 6

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle
Blumenstr. 16, 06108 Halle
TEL/Fax: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vorschau:

Donnerstag, 24. April 2014, Beginn 18:00 Uhr

Eine vergessene Wortmeldung Franklin D. Roosevelts

In diesem Jahr wird nächst dem 100. Jahrestag des Ersten, auch des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges vielfach gedacht werden. Auf dem Wege zu jenem 1. Septembertag vor einem Dreivierteljahrhundert liegt eine Episode: ein eigenartiger Friedensappell des Präsidenten der USA Franklin D. Roosevelt an Benito Mussolini und Hitler. Der deutsche Diktator antwortete darauf in einer Rede vor dem faschistischen Reichstag am 28. April 1939. Das Vorkommnis wirft ein Licht auf die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und auf denkbare Alternativen der europäischen und Weltgeschichte.

**Vortrag und Diskussion mit
Prof. Dr. Kurt Pätzold**

Prof. Dr. Kurt Pätzold lehrte bis 1992 an der Humboldt-Universität Berlin deutsche Geschichte. Er ist ein international renommierter Historiker und einer der bedeutendsten marxistischen Faschismusforscher. Prof. Pätzold ist Mitglied des Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zahlreiche Veröffentlichungen: 2008 erschienen seine Erinnerungen „Die Geschichte kennt kein Pardon“, 2011 „Streitfall Geschichte“ und 2012 „Wahn und Kalkül: Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz“. 2013 erschienen „Kein Streit um des Führers Bart“ und „1813 – Das Ereignis und sein Nachleben“.

im Kulturtreff Halle-Neustadt, 06122 Halle,
Am Stadion 6

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBüRO Halle
Blumenstr. 16, 06108 Halle
TEL/Fax: 0345-2025594
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Mach mit – mach Kommunalpolitik!

Du willst was bewegen in Deiner Kommune? Du willst mitentscheiden darüber, was bei Dir zu Hause, was in Deiner Stadt passiert? Ob als Mitglied im Kreistag, als Stadträtin oder Stadtrat oder als sachkundiger Einwohner – es gibt viele Möglichkeiten sich zu engagieren. DIE LINKE hat ein starkes kommunalpolitisches Profil. Wir sind die Partei die sich um die konkreten Probleme vor Ort kümmert. Denn linke Politik beginnt für uns in der Kommune. Sozial, gerecht, ökologisch und nachhaltig – wichtig sind kluge Konzepte und frische Ideen. Deshalb musst Du auch kein Parteimitglied sein, um Dich bei uns zu engagieren.

Wir laden Dich ein – melde Dich bei uns, trete mit uns in Kontakt. Lass uns gemeinsam das Richtige tun.



Frühlingsakademie der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir Euch zur nunmehr fünften Frühlingsakademie der LINKEN einladen. Sie findet vom 23.-27. April 2014 am Werbellinsee statt und trägt in diesem Jahr den Titel Ideenwerkstatt: Zukunft der LINKEN.

Die Frühlingsakademie will sich den Herausforderungen stellen, vor denen DIE LINKE in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit und Parteienmüdigkeit steht. Gleichzeitig soll sie einen Beitrag zur Fundierung der Diskussion um die Parteientwicklung leisten. Die gesellschaftlichen Grundlagen, unter denen eine Weiterentwicklung der LINKEN stattfindet, sollen ebenso deutlich werden wie die Definitionen des Begriffs „Mitgliederpartei“. Neben den Veranstaltungen einer „Akademie“ soll die Frühlingsakademie in diesem Jahr stärker „Workshop-Charakter“ haben. Ihre Arbeitsergebnisse sollen in den Diskussionsprozess um die Parteientwicklung eingebracht werden.

Anmeldungen zur Frühlingsakademie sind ab sofort möglich. Die Anmeldung kann entweder per eMail am polbil@die-linke.de, elektronisch unter <https://www.die-linke.de/partei/politische-bildung/weitere-termine/anmeldeformular/>, telefonisch unter 030/24009-351 oder per Post an DIE LINKE, Bereich

Politische Bildung, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin/erfolgen.

Der Gesamt-Teilnahmebeitrag (für Unterkunft und Verpflegung) beträgt 40,00 Euro, ermäßigt 20,00 Euro. Für Bezieher/innen von Transferleistungen ist die Teilnahme kostenlos. Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Wir hoffen, dass auf Grund der Osterferien diesmal mehr Genoss/innen mit Kindern teilnehmen können.

Der Anmeldeschluss zur Frühlingsakademie ist der 2. März 2014. Es können 100 Genoss/innen teilnehmen. Sollte es mehr Anmeldungen geben, werden die Teilnehmenden nach den Kriterien Geschlechter-Quotierung, angemessene Beteiligung der Landesverbände sowie Ost und West, Jung und Alt ausgewählt.

Mit solidarischen Grüßen
Heinz Hillebrand

